

Argentinien nach den Wahlen vom Mai 1995

Stellungnahmen argentinischer Wissenschaftler und Politiker
aus Anlaß des Symposiums

„Argentinien - Politik, Kultur und Außenbeziehungen“
vom 30.6. - 2.7.1995
in Rostock

zusammengestellt und übersetzt von
Peter Birle und Nikolaus Werz

Universität Rostock

Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften

1995

HERAUSGEBER: Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften, Universität Rostock

REDAKTIONSKOLLEGIUM: Prof. Dr. Jürgen Rüland

Prof. Dr. Nikolaus Werz

LEKTORAT: Autorenkorrektur

HERSTELLUNG DER DRUCKVORLAGE: Peter Birle

ZITAT KURZTITEL: Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung, H.3

ISSN 0947-3025

© Universität Rostock, Presse- und Informationsstelle, Wissenschaftspublizistik, 18051 Rostock

BEZUGSMÖGLICHKEITEN: Universität Rostock, Presse- und Informationsstelle,
Wissenschaftspublizistik
A.-Einstein-Straße 23, 18051 Rostock, ☎ (0381) 4981036; FAX
(0381) 4981370
Universität Rostock, Universitätsbibliothek, Schriftentausch, 18051
Rostock

DRUCK: Drucktechnische Zentralstelle Universität Rostock .../95

Inhaltsverzeichnis

| | Seite |
|---|--------------|
| Einleitung..... | 1 |
| 1. Stellungnahmen der argentinischen Delegationsteilnehmer | 3 |
| Juan Alemann..... | 3 |
| Alicia Pierini | 6 |
| Federico Storani | 8 |
| Tulio Halperín Donghi | 12 |
| 2. Diskussion..... | 15 |
| | |
| Anhang | |
| A Dokumentation der Wahlergebnisse vom 14.5.1995 | 25 |
| B Programm des Symposiums..... | 26 |
| C Teilnehmerliste | 29 |

Einleitung

Am 14. Mai 1995 fanden in Argentinien zum dritten Mal seit der Redemokratisierung des Landes im Jahr 1983 Präsidentschaftswahlen statt. Der seit Juli 1989 amtierende Präsident Carlos Saúl Menem von der Peronistischen Partei (*Partido Justicialista*, PJ) konnte sich bereits im ersten Wahlgang klar gegen seine Herausforderer durchsetzen.¹

Anläßlich des Endes der ersten Amtsperiode der Regierung Menem veranstaltete das Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock mit finanzieller Unterstützung der Fritz Thyssen Stiftung vom 30.6. bis zum 2.7.1995 ein Symposium, bei dem eine Bestandsaufnahme der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklungen der letzten Jahre erfolgte. Etwa 30 deutsche und argentinische Wissenschaftler² setzten sich mit der Frage auseinander, wie sich das Land durch die tiefgreifenden, für viele Beobachter zunächst überraschenden Reformen der letzten Jahre verändert hat und welche Zukunftsperspektiven sich abzeichnen.³ Bedarf für eine solche Veranstaltung bestand auch vor dem Hintergrund, daß seit einem 1986 in Mainz organisierten Kongreß in Deutschland kein größeres sozialwissenschaftliches Argentinien-Kolloquium durchgeführt worden war.

Eine Beschäftigung mit Argentinien erschien auch deshalb sinnvoll, weil das Land gerade in letzter Zeit für die deutsche Außenpolitik an Bedeutung gewonnen hat. Bei einem Besuch im Mai 1994 bezeichnete Forschungsminister Paul Krüger Argentinien als wichtigsten wissenschaftlichen Partner in Lateinamerika. In den letzten zwei Jahren fanden mehrere diplomatische und wirtschaftliche Initiativen, die auch auf andere südamerikanische Länder zielten, in Buenos Aires statt - im Oktober 1993 die Konferenz deutscher Botschafter in Lateinamerika, im Juni 1995 eine Lateinamerika-Konferenz unter Leitung von Wirtschaftsminister Rexrodt, ebenfalls im Juni 1995 ein Technik-Symposium, an dem 29 deutsche High-Tech-Firmen in Begleitung des Baden-Württembergischen Wirtschaftsministers Spöri teilnahmen. Auch das neue Lateinamerika-Konzept der Bundesregierung wurde in Buenos Aires vorgestellt.

Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung hatte im Zusammenhang mit dem Symposium eine Delegation argentinischer Wissenschaftler, Journalisten und Politiker nach Deutschland eingeladen. Der Gruppe, die im Anschluß an das Symposium eine zehntägige Informationsreise durch die neuen Bundesländer antrat,⁴ gehörten an:

¹ Vgl. die Dokumentation der Wahlergebnisse im Anhang.

² Siehe die Teilnehmerliste im Anhang.

³ Die überarbeiteten Manuskripte des Symposiums (siehe das Programm im Anhang) erscheinen Anfang 1996: Nolte, Detlef / Werz, Nikolaus (Hrsg.), unter Mitarbeit von Peter Birle: Argentinien. Politik, Kultur und Außenbeziehungen, Frankfurt a.M. 1996.

⁴ In Schwerin führten die argentinischen Gäste Gespräche mit der Kultusministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Frau Regine Marquardt, mit Frau Maria Dolores Blanco von der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung Mecklenburg-Vorpommern sowie mit Herrn Ministerialdirigent Lorenz. Weitere Stationen der Reise waren Rügen, Berlin, Potsdam, Erfurt und Weimar.

Dr. Juan Alemann: geboren 1927 in Buenos Aires; Wirtschaftswissenschaftler und Journalist; Mitherausgeber der seit 1889 erscheinenden Zeitung „*Argentinisches Tageblatt*“; ständige Redaktionstätigkeit in den Ressorts Wirtschaft und argentinische Politik; Wirtschaftsberater und Publizist; seit 1992 Mitherausgeber und Redakteur der Zeitung „*La Razón*“; 1963 Chefberater des Wirtschaftsministers; 1968 Präsident der Nationalen Hypothekenbank; 1968 bis 1970 Professor für argentinische Wirtschaft an der Universität Buenos Aires; 1976 bis 1981 Staatssekretär für Finanzen; Verfasser mehrere Bücher über Wirtschaftsfragen.

Prof. Dr. Tulio Halperín Donghi: geboren 1926 in Buenos Aires; Historiker; zahlreiche Veröffentlichungen zur argentinischen und lateinamerikanischen Geschichte; seit 1972 Professor an der *University of California, Berkeley*; auf deutsch liegt von ihm vor: *Geschichte Lateinamerikas von der Unabhängigkeit bis zur Gegenwart*, Frankfurt: Suhrkamp 1991 (Taschenbuchausgabe: Frankfurt: Suhrkamp 1994).

Dr. Alicia Pierini: geboren 1940 in Buenos Aires; Juristin; 1963 Abschluß an der Universität Buenos Aires, Spezialität Strafrecht; 1970-89 Anwältin; 1989-91 Beraterin des Justizministers; seit März 1991 Leiterin der Menschenrechtsabteilung des Innenministeriums; zur Zeit verantwortlich für Reproduktion und Herausgabe der Listen „Verschwundener“ während der letzten Militärdiktatur.

Dr. Federico Storani: Anwalt; 1970 Stipendium für politische Wissenschaften und Soziologie an der Harvard University; 1974 Abschluß an der Universität La Plata; 1968 Gründer der *Junta Coordinadora Nacionala de la Juventud Radical*; 1972 Mitgründer der zur Radikalen Partei (UCR) gehörenden Universitätsgruppe *Franja Morada*; Mitgründer der Bewegung *Renovación y Cambio* der *Unión Cívica Radical* in der Provinz Buenos Aires; 1983-87 Abgeordneter für die Provinz Buenos Aires im Nationalen Kongreß; 1987-91 Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten in der nationalen Abgeordnetenversammlung; 1993 erneut zum Abgeordneten gewählt.

Angel Vega: Journalist; Leiter der Redaktion Politik und Parlamentswesen der Tageszeitung „*La Nación*“.

Ein Vertreter der aus den letzten Wahlen als zweitstärkste politische Kraft hervorgegangenen *Frente para un País Solidario* (FREPASO) und die Soziologin Liliana de Riz mußten ihre Teilnahme an der Reise kurzfristig absagen.

Das vorliegende Heft 3 der „Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung“ enthält eine übersetzte und leicht gekürzte Mitschrift der Stellungnahmen, die die Mitglieder der argentinischen Delegation am Freitagmorgen, dem 1.7.1995, im Konzilzimmer der Universität Rostock zur aktuellen Situation Argentiniens abgaben. Die Moderation der anschließenden Diskussion lag bei Herrn Dr. Gerhard Kutzner vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung.

1. Stellungnahmen der argentinischen Delegationsteilnehmer

Juan Alemann: In der Vergangenheit bin ich wiederholt dazu aufgefordert worden, die Funktionsmechanismen der argentinischen Volkswirtschaft zu erklären. Das war nie ganz einfach, denn es handelte sich um eine in vielerlei Hinsicht anomale Ökonomie. Inzwischen hat sich dies geändert. Heute basiert die argentinische Volkswirtschaft auf rationalen Regeln, die denen der modernen Welt entsprechen. Argentinien hat in den letzten vier Jahren einen tiefgreifenden Wandel durchlebt, der sich insbesondere darin manifestierte, daß wir von einer Situation der Hyperinflation im Jahr 1989 zu einer Jahresinflationsrate von 4% 1994 gelangt sind. Das durchschnittliche Wachstum des BSP betrug in den letzten Jahren mehr als 7%, während es vom Anfang des Jahrhunderts bis 1992 nur bei etwa 3,5% jährlich lag. Dies ist auch insofern erstaunlich, als ein altes Vorurteil in Argentinien besagte, es sei nicht möglich, gleichzeitig die Wirtschaft zu stabilisieren und das Wachstum anzukurbeln. Man ging davon aus, daß Stabilisierungspläne und die damit verbundenen Anpassungsprogramme zu einem sinkenden Lebensstandard der Bevölkerung führen müßten.

In den letzten Jahren war es anders. Die Wirtschaft konnte stabilisiert werden, und gleichzeitig fand Wachstum statt. Zudem kam es zu einer umfassenden Einkommensredistribution von oben nach unten. Auch im Hinblick auf den zuletzt genannten Punkt war man immer von entgegengesetzten Erwartungen ausgegangen. Dabei ist allgemein bekannt, daß durch Inflation eine Einkommensumverteilung von unten nach oben stattfindet, die im Endeffekt von den Armen bezahlt wird. Die Reichen können in der Regel nicht nur vor der Inflation flüchten, sondern es gelingt ihnen sogar, auf Kosten der Gesellschaft davon zu profitieren. Eine erfolgreiche Inflationsbekämpfung führt zu einer Umkehrung dieses Mechanismus: All diejenigen, die zu den Inflationsgewinnern zählten, erleiden durch die Wiederherstellung von Stabilität Einbußen, während sich die Situation für den größten Teil der Bevölkerung verbessert. Ein Beleg für diese positiven Folgen einer effektiven Inflationsbekämpfung sind nicht nur die Zahlen zur Einkommensredistribution. Für den Erfolg des eingeschlagenen wirtschaftlichen Kurses spricht auch die starke Zunahme des *consumo popular* in den vergangenen Jahren.

Auch in anderen Bereichen der Wirtschaft gab es Fortschritte. Die umfassende Privatisierung führte dazu, daß der Staat heute viel weniger Subventionen zahlen muß und daß er weniger in Unternehmen investieren muß. Die dadurch freigewordenen Gelder konnten für soziale Zwecke ausgegeben werden. Der argentinische Staat hat den Anteil der Sozialausgaben an den gesamten Ausgaben stark erhöht, und zwar sowohl in absoluten Zahlen als auch im Verhältnis zur Einwohnerzahl.

Wie kam es zu diesem Erfolg? Zum ersten Mal ging man die Stabilisierung der Wirtschaft auf eine grundsätzliche Art und Weise an, während frühere

Stabilisierungspläne auf monetären Konzepten beruhten, die nicht zu guten Ergebnissen führten. Es gelang, die chronische und mit einer modernen Ökonomie nicht zu vereinbarende Steuerflucht wirkungsvoll zu bekämpfen. Gleichzeitig fand eine umfassende Öffnung der Volkswirtschaft statt, einerseits zum Weltmarkt insgesamt, andererseits zu Brasilien und zum *Mercado Común del Sur* (MERCOSUR). Dies wirkte sich stabilisierend auf die Preise aus. Auch die Privatisierung trug dazu bei. Hinzu kam die Deregulierung. Argentinien ist weltweit dasjenige Land, das in puncto Deregulierung die meisten Fortschritte gemacht hat. Dadurch hat sich die Wettbewerbsintensität stark erhöht. Gleichzeitig betrieb die Regierung eine aktive Preispolitik, indem sie mit den Unternehmern Preissenkungen im Austausch gegen Steuersenkungen aushandelte, beispielsweise in der Automobilindustrie. Das Phänomen Inflation wurde also von unterschiedlichen Seiten angegangen.

Argentinien ist das Land mit der längsten Inflationstradition. Zwischen 1945 und 1975 wies die jährliche Inflation zweistellige Zuwachsraten auf, in den anderthalb Jahrzehnten nach 1975 waren sie sogar dreistellig. Gegen Ende der 80er Jahre kam es zu einer hyperinflationären Explosion, die zunächst korrigiert werden konnte, sich dann jedoch wiederholte und erst durch die jetzige Politik gestoppt werden konnte. Wenn ein Land eine so lange Inflationserfahrung aufweist, entwickelt sich eine „Inflationskultur“. Das macht es besonders schwer, die Inflation wirkungsvoll zu bekämpfen.

Durch den Konvertierbarkeitsplan wurde der Peso im Verhältnis 1 zu 1 an den Dollar angebunden (es war ein wenig Zufall dabei, daß dies genau in diesem Verhältnis möglich war). Angesichts der jahrzehntelangen Inflation kannten die Leute den Wert des Dollar sehr genau, aber den Wert des Peso wußten sie nicht zu schätzen. Jetzt entspricht ein Peso einem Dollar, weshalb die Leute auch wissen, was ein Peso wert ist. Damit ist das Geldsystem bimonetär, d.h. man benutzt den Peso und den Dollar. Wichtig in diesem Zusammenhang war, daß der Wechselkurs erstmals per Gesetz festgesetzt wurde. Zuvor geschah dies durch einen einfachen Beschluß der Zentralbank, was bedeutete, daß der Wechselkurs leicht wieder geändert werden konnte. Früher bemühten sich verschiedene Lobbies immer wieder - erfolgreich - um Wechselkursänderungen. Jetzt ist eine Abwertung nicht mehr so einfach, denn dazu muß der Kongreß ein Gesetz verabschieden. Dadurch wurden auch die Lobbies geschwächt. Es ist nicht mehr möglich, alle möglichen Kosten auf die Preise abzuwälzen und dann von der Regierung zu verlangen, eine Abwertung vorzunehmen.

Somit existieren bestimmte Parameter, die eine sichere Kalkulationsgrundlage bilden. Die Unternehmer müssen sich darum bemühen, ihre Kosten an die Marktpreise anzupassen. Dadurch kam es zu einer formidablen Erhöhung der Produktivität. Die durchschnittliche Produktivität der argentinischen Industrie hat in den letzten Jahren um etwa 40% zugenommen. Es gibt Fälle, so z.B. die Eisenhüttenindustrie, in denen sie sich verdreifachte. Bei der Ölindustrie war es sogar noch viel mehr. Was mit dem

ehemals staatseigenen Ölkonzern YPF passiert ist, kann weltweit als einmaliger Fall betrachtet werden. Obwohl das Unternehmen die Anzahl der Beschäftigten massiv reduzierte, produziert es weitaus mehr Öl als früher. Inzwischen hat YPF sogar eine US-amerikanische Ölfirma gekauft.

Nach diesen Erfolgen ist Argentinien im Dezember 1994 in eine entscheidende Phase eingetreten. Als Folge der Abwertung in Mexiko sagte man: Mexiko ist gefallen, auch Argentinien wird fallen. Die gegenwärtig zu beobachtende Rezession ist jedoch - nach vier Jahren starken Wachstums - in gewisser Hinsicht ein normales Phänomen. Wir Ökonomen wissen sehr genau, warum Rezessionen entstehen und daß sie von Zeit zu Zeit unvermeidlich sind. Wenn die Rezession nicht in diesem Jahr eingesetzt hätte, dann im nächsten oder im übernächsten Jahr. Die Mexiko-Krise führte dazu, daß die Bankeinlagen in Argentinien innerhalb von drei Monaten um 16% sanken. Das ist außerordentlich viel. Wenn so etwas in Deutschland oder in den USA passieren würde, dann käme es zu einer Katastrophe. Argentinien hat es ziemlich gut ausgehalten. Ein Grund dafür könnte auch gewesen sein, daß das Bankensystem noch nicht so weit entwickelt ist wie in anderen Ländern.

Trotz Rezession nahm der Stromverbrauch 1994 kräftig zu. Ähnliches gilt für die Exporte. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres lagen sie um 47% über dem Vergleichszeitraum des Vorjahres. Ganz offensichtlich führte die Rezession zu einer Verlagerung vom Binnenmarkt zum Export. Die Investitionsprogramme laufen weiter, vor allem im Bereich der Infrastruktur, wo vieles privatisiert worden ist. Im letzten Jahr gab es einen absoluten Rekord bei der Einfuhr von Maschinen und Ausrüstungsgütern. Die Investitionsquote beträgt in Argentinien heute mehr als 20% des BSP. Wenn wir die relativen Preise zugrunde legen, ist es sogar noch mehr, denn während des gesamten letzten Jahres konnten Maschinen zollfrei importiert werden, während sie früher immer einem Zoll unterlagen. Somit läßt sich feststellen, daß alle grundsätzlichen Entwicklungen, die in den letzten Jahren zum Wachstum der argentinischen Wirtschaft beigetragen haben, trotz Rezession unverändert weiterlaufen. Die „*fundamentals*“ der Wirtschaft sind in Ordnung.

Ein letzter Punkt: Normalerweise führt starkes Wirtschaftswachstum zu Vollbeschäftigung. Dies war beispielsweise im Jahr 1979 der Fall, als die Wirtschaft um 10% wuchs und die Arbeitslosigkeit sich bei 2% einpendelte. In den letzten Jahren dagegen war das Wachstum von einer starken Freisetzung von Arbeitskräften begleitet.

Warum? Das lag zum einen an der Rationalisierung des Staates, d.h. im Zuge der Privatisierungsprozesse kam es zu drastischem Personalabbau. Zum anderen fand in allen Produktionsbereichen eine Art technologischer Schock statt. Die neuen Technologien sparen jede Menge Arbeitskräfte ein, so daß es trotz Wachstum zu einer starken Zunahme der Arbeitslosigkeit kam. Im vergangenen Jahr betrug die offizielle Arbeitslosenquote 12%. In Wirklichkeit liegt sie jedoch niedriger. In Argentinien gibt es

sehr viel Schwarzarbeit, obwohl sich die Regierung in den letzten Jahren darum bemüht, dagegen vorzugehen. Wenn die Regierung dann ihre Umfragen durchführt,⁵ antworten diejenigen, die schwarz arbeiten - das dürften ca. fünf Millionen Menschen sein - sie hätten keine Arbeit. So kommen die hohen Zahlen bei der offiziellen Statistik zustande.

Wir treten also in das Ende einer Wachstumsperiode mit einer sehr hohen Arbeitslosigkeit ein. Sicherlich wird die Arbeitslosigkeit noch weiter zunehmen, was für unser Land ein großes Problem ist. Im Grunde zeigt sich darin allerdings lediglich, daß Argentinien anfängt, die gleichen wirtschaftlichen Probleme zu haben wie der Rest der Welt. Vorher hatten wir andere Probleme, insbesondere das der hohen Inflation, durch das andere - gravierende - Schwierigkeiten überdeckt wurden. Nachdem dieses Problem nicht mehr existiert, erscheinen andere, die überall auf der Welt existieren.

Alicia Pierini: Meine Ausführungen werden sich stärker als die meines Vorredners auf die gegenwärtige politische Situation beziehen. Wir haben es mit einer Realität zu tun, die Licht und Schatten aufweist. Ich möchte Ihnen ein Bild entwerfen, in dem sowohl die positiven als auch die negativen Aspekte nicht zu kurz kommen, denn gerade mit einer zumindest einigermaßen ausgewogenen Betrachtungsweise tut man sich im heutigen Argentinien oft schwer. Während einige nahezu ausschließlich die Erfolge betonen, stürzen sich andere auf die noch offenen Fragen und auf die Probleme.

Zunächst einmal gilt es, ein - vielleicht einmaliges - Phänomen zu berücksichtigen: die Existenz, oder besser gesagt, die zeitliche Persistenz einer nationalen Bewegung, wie sie der Peronismus darstellt. Die peronistische Bewegung ist mehr als nur eine politische Partei im Sinne der Kriterien einer formalen Demokratie. Vielmehr handelt es sich um eine Bewegung, die in jeder geschichtlichen Etappe dem historischen Subjekt, durch das sie konstituiert ist, zum Ausdruck verhilft; dabei sind es die *sectores populares*, die den Kernbestand dieser Bewegung ausmachen.

Seit 1945 hat die Bewegung verschiedene Etappen durchlaufen: Im Jahr 1945 hat man sie als faschistisch bezeichnet. Dies entsprach nicht der Realität, wenngleich einige ihrer Merkmale in eine entsprechende Richtung deuteten. Ebenso wenig handelte es sich in den 70er Jahren um eine sozialistische Bewegung, wenngleich einige ihrer Merkmale sozialistisch waren. Heute qualifiziert man den Peronismus oft als neoliberal, weil er einige neoliberale Wesenszüge aufweist. Aber genausowenig wie er in den 40er Jahren einer faschistischen oder in den 70er Jahren einer sozialistischen Ideologie folgte, kann der Peronismus heute als neoliberal bezeichnet werden. Vielmehr repräsentiert die peronistische Bewegung in jeder einzelnen Phase jenes historische Subjekt, das eine nicht genau definierte Masse führt und das

⁵ Die Arbeitslosenstatistik basiert in Argentinien nicht wie in Deutschland auf einer Erfassung der Unterstützungsempfänger, sondern auf Umfragen, die von der Regierung durchgeführt werden.

Argentinien entsprechend der jeweiligen Bedürfnisse des Landes in die weltweiten Entwicklungen einbindet.

Die größte Errungenschaft der seit 1989 amtierenden peronistischen Regierung besteht darin, daß sie grundlegende Reformen vorangetrieben hat, die notwendig waren, um Argentinien in die Welt zu integrieren. Dazu gehörten die neue außenpolitische Orientierung, die Einbindung in die Weltwirtschaft sowie die auf der Grundlage eines breiten Konsenses durchgeführte Reform der nationalen Verfassung. Eine weitere Reform betraf den Staat als solchen, denn es ging nicht nur um eine Verwaltungsreform, sondern um eine Rekonzeptualisierung des Staates. Heute spielen sich die politischen Auseinandersetzungen in erster Linie in institutionellen Termini ab. Viele Jahre lang war die peronistische Bewegung verboten oder stand in der Opposition. Sie kämpfte gegen einen Staat, dessen Führungspersonal entweder von Militärregierungen oder von gewählten, aber nicht hinreichend legitimierten Regierungen gestellt wurde. Inzwischen ist die Politik nicht mehr durch diese Konfrontation zwischen der Bewegung und dem Staat geprägt. Allerdings hat die Bewegung ihre internen Konflikte - unterschiedliche Konzepte und Problemlösungsstrategien - auf den staatlichen Raum übertragen.

Auch die Grundlage der staatlichen Macht, mittels derer die Transformationsprozesse vorangetrieben werden, hat sich verändert. Nicht mehr Konfrontation, sondern Konzertierung und Verhandlungsprozesse mit den verschiedenen gesellschaftlichen Sektoren und Interessen kennzeichnen das politische Geschehen. In diesem Sinne ist es zu einer Neuformulierung der Macht gekommen. Das Phänomen der Macht können wir nicht mehr nur in ausschließlich formalen Kategorien erfassen - einer judikativen, einer legislativen und einer exekutiven Macht. Wenn wir von Macht sprechen, gilt es auch die Macht der hochgradig konzentrierten Wirtschaftsgruppen, die Macht des Finanzkapitals und die Macht der Massenmedien zu beachten. Die Rolle der politischen Entscheidungsträger besteht nun gerade darin, das Gleichgewicht zwischen diesen verschiedenen Machtfaktoren zu erhalten. Insbesondere Präsident Menem kommt dabei eine wichtige Funktion zu: Es greift zu kurz, einfach nur von einem personalistischen Regierungsstil zu sprechen, vielmehr ist es der Präsident, der das Gleichgewicht aufrechterhält. Unterhalb des Präsidenten finden die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Sektoren statt, sowohl innerhalb des Justizialismus als auch zwischen den verschiedenen an der Macht beteiligten Faktoren.

Was sich bereits vor den letzten Wahlen andeutete, ist inzwischen noch klarer hervorgetreten: Die Regierung sieht sich mit zwei unterschiedlichen Oppositionen konfrontiert. Einerseits existiert eine Opposition innerhalb des demokratischen politischen Systems. Dazu gehören v.a. die UCR und FREPASO. Sie kritisieren die Politik der Regierung, aber sie akzeptieren den institutionellen Rahmen, so daß mit ihnen auch partielle Übereinkünfte möglich sind. Andererseits hat sich in letzter Zeit

eine Opposition artikuliert, die weniger die amtierende Regierung, als vielmehr das demokratische System insgesamt in Frage stellt. Zahlenmäßig ist diese Gruppe kaum bedeutsam, aber dadurch verändert sich zumindest teilweise die Art der öffentlichen Austragung gesellschaftlicher Konflikte.

Die Regierung hat die letzten Wahlen mit großer Mehrheit gewonnen. Sie konnte dabei auf die Stimmen derjenigen *sectores populares* zählen, die die peronistische Bewegung traditionell repräsentiert. Aber darüber hinaus hat auch ein nicht geringer Teil der argentinischen Oberschicht für den Peronismus gestimmt. Vielleicht ist gerade dies entscheidend für den zur Zeit existierenden „Regierbarkeitspakt“, für die erreichte Befriedung: Der wirkliche „Regierbarkeitspakt“ war nicht der zwischen Menem und Alfonsín, sondern der Pakt zwischen den konzentrierten Wirtschaftsgruppen und dem *sujeto histórico popular*. Durch diese Übereinkunft war es der Regierung möglich, jenen Transformationsprozeß voranzutreiben, durch den sich die Strukturen des Landes tiefgreifend verändert haben. Dieser Prozeß weist Licht und Schatten auf, Irrtümer, Fehler, Fortschritte und Rückschritte. Es handelt sich nicht um einen perfekten Prozeß, aber zweifellos um den wichtigsten Wandlungsprozeß der letzten Jahre.

Federico Storani: Zunächst möchte ich betonen, daß der Übergang von einem autoritären zu einem demokratischen System in Argentinien nicht durch einen langwierigen Prozeß zustandekam, sondern daß ein Bruch (*ruptura*) stattgefunden hat. Chile dagegen durchlebte einen von Verhandlungen geprägten Übergangsprozeß. Die in diesem Zusammenhang abgeschlossenen Übereinkünfte tragen heute zur Stabilität des Landes bei. Gleichzeitig haben sie aber dazu geführt, daß der Oberkommandierende des chilenischen Heeres bis zum heutigen Tage niemand anderer ist als der Anführer der letzten Militärdiktatur, General Pinochet.

In Argentinien kam es nicht zu einem paktierten Übergang, sondern zu einem *proceso de transición de ruptura fuerte*. Die Redemokratisierung war nicht in erster Linie die Folge der internen Bemühungen und Forderungen nach einem Ende der Militärdiktatur, sondern der militärischen Niederlage im Krieg um die Malvinas 1982. Insofern mußten jeder demokratischen Regierung einige wichtige Aufgaben zufallen: Wiederherstellung der Institutionen und der öffentlichen Freiheiten, der Menschenrechte, der Regierbarkeit. Die schwierigste Herausforderung, mit der sich die Regierung Alfonsín 1983 konfrontiert sah, war die Frage, wie die moralische Forderung nach Gerechtigkeit und nach einer Bestrafung der Verantwortlichen für die während der Diktatur begangenen Menschenrechtsverletzungen erfüllt werden könnte, ohne gewisse Grenzen zu überschreiten und dadurch die Stabilität der neuen Demokratie zu gefährden. Denn es war zwar zu einer demokratischen Öffnung gekommen, die in den Wahlen von 1983 kulminierte, aus denen Raúl Alfonsín mit 52% der Stimmen als neuer Präsident hervorging, aber intern hatten die Streitkräfte keine

militärische Niederlage erlitten. Die zuvor existierende Struktur bestand fort und konditionierte auf nicht zu unterschätzende Art und Weise einige der ins Auge gefaßten Wandlungsprozesse.

Dazu gehörten auch die Prozesse gegen die Verantwortlichen für den Staatsterrorismus, den die Streitkräfte als „schmutzigen Krieg“ zu bezeichnen pflegten. Wir hielten es für außerordentlich wichtig, die Mitglieder der verschiedenen Militärjuntas vor Gericht zu stellen, um gewisse moralische Grundlagen wiederherzustellen und damit dafür zu sorgen, daß das Experiment der Demokratie nicht erneut in Frustration endet. Am Ende früherer Militärdiktaturen war es regelmäßig zu einer Generalamnestie für die Verantwortlichen gekommen. Die moralische Grundlage für die Konstruktion einer stabileren, vertrauenswürdigeren Demokratie sollte dadurch hergestellt werden, daß für Gerechtigkeit angesichts der erlebten Tragödie gesorgt wurde.

Durch die Konzentration auf dieses Problem wurde anderen wichtigen Herausforderungen zunächst eine geringere Bedeutung zugemessen. Es gab Versuche, die Wirtschaft zu stabilisieren - einige mit mehr, andere mit weniger Erfolg -, aber zweifellos waren die *politischen* Reformen - die Wiederherstellung eines politischen Systems, das nicht nur auf Ursprungslegitimität basierte, sondern das auch in moralischer Hinsicht von der Gesellschaft akzeptiert wurde - grundlegend für den Aufbau eines neuen demokratischen Systems.

Ich betone dies nicht zuletzt deshalb, weil die Ursprungslegitimität der seit 1989 amtierenden Regierung Menem außer Zweifel steht: Sie errang die Präsidentschaft mit acht Millionen Stimmen in sauberen und transparenten Wahlen. Ihr Triumph war voll und ganz legitim. Aber nachdem Menem im Wahlkampf auf eine Botschaft gesetzt hatte, die mit Schlagwörtern wie *salariozo*, *revolución productiva* und *cultura del trabajo* stark an die historischen Traditionslinien des Peronismus anknüpfte, schlug er unmittelbar nach der Machtübernahme einen nahezu vollständig entgegengesetzten Kurs ein. Dadurch büßte die Regierung zwar nicht ihre Ursprungslegitimität ein, aber sie verursachte eine grundlegende Modifikation der Politik historischer Allianzen zwischen den verschiedenen Machtblöcken. Bereits die Regierung Alfonsín hatte in der zweiten Hälfte der 80er Jahre eine Staatsreform ins Auge gefaßt. Sie konnte diese jedoch nicht gegen den vehementen Widerstand der peronistischen Opposition durchsetzen. Umso überraschender war es, daß jetzt die peronistische Regierung eine umfassende Staatsreform einleitete, durch die es zu einer starken, ich möchte sagen brutalen Konzentration der wirtschaftlichen Macht kam. Eine andere Folge dieser Politik war das Anwachsen sozialer Marginalität. Im Gegensatz zu Herrn Alemann bin ich nicht der Ansicht, daß die tatsächliche Arbeitslosigkeit heute niedriger ist als die offizielle. Das Gegenteil ist der Fall. Zudem habe ich den Eindruck, daß wir es mehr und mehr mit einer strukturellen Armut zu tun haben.

Lassen sie mich auf die politischen Konsequenzen dieser Entwicklungen zu sprechen kommen. Wirtschaftliche Konzentrationsprozesse und wachsende soziale Marginalität tragen notwendigerweise zu einer größeren politischen Hegemonie bei. Worin kommt dies zum Ausdruck? Beispielsweise in einer fehlenden Unabhängigkeit der verschiedenen Gewalten. Natürlich kann man sagen, daß es sich dabei zunächst um eine formale Angelegenheit handelt. Aber es ist keine bloße Formalität, über eine jeweils voneinander unabhängige Legislative, Exekutive und Judikative zu verfügen. Vielmehr ist die klare Funktionsteilung der einzelnen Gewalten eine wichtige Grundlage für ein vertrauenswürdiges republikanisches System.

Ein wichtiger Aspekt in diesem Zusammenhang ist die fehlende Unabhängigkeit der argentinischen Justiz, insbesondere des Obersten Gerichtshofes, gegenüber der Exekutive. Dies führt zu Rechtsunsicherheit, beispielsweise für ausländische Investoren, aber auch hinsichtlich der Beziehungen zwischen Zentral- und Gliedstaaten. Ich könnte Ihnen zahlreiche Gerichtsurteile nennen, die diese Aussage bestätigen, beschränke mich jedoch auf den Hinweis, daß die amtierende Regierung öfter als alle früheren Administrationen zusammengenommen vom - in der Verfassung nicht vorgesehenen - Instrument der Exekutivdekrete Gebrauch gemacht hat. Damit weicht sie dem Parlament aus, obwohl die Regierungspartei innerhalb des Parlaments über eine ausreichende Mehrheit verfügt.

Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß die Legitimität der 1989 gewählten Regierung außer Zweifel steht. Dies gilt erst Recht nach der Wiederwahl dieser Regierung durch die im Mai 1995 durchgeführten Wahlen. Nach einer sechsjährigen Amtsperiode wurde die Regierung Menem mit einer geradezu plebiszitären Mehrheit von 49% der Stimmen im Amt bestätigt. Nun werden Sie sich fragen, von was reden wir hier überhaupt, wenn wir es einerseits mit einem Prozeß wachsender wirtschaftlicher Konzentration, mit zunehmender sozialer Marginalität und mit einer autoritären Machtkonzentration in den Händen der Exekutive zu tun haben: Sind die Argentinier Masochisten? Nein! Vielmehr lassen sich recht rationale Gründe für das Wahlverhalten der Bevölkerungsmehrheit finden. Zuallererst ist die wirtschaftliche Stabilität - das wichtigste politische Kapital der amtierenden Regierung - zu nennen. Die Wirtschaft kann sich sehr schnell als Achillesferse dieser Regierung erweisen, und dies wird meines Erachtens in einer nicht allzu fernen Zukunft auch der Fall sein. Bislang jedoch ist sie das wichtigste politische Kapital der Regierung Menem, unter anderem wegen der im kollektiven Gedächtnis der argentinischen Gesellschaft festgeschriebenen Erinnerung an die Hyperinflation. Sie hat dazu geführt, daß angesichts der gegenwärtig existierenden ökonomischen Stabilität anderen Aspekten nur eine untergeordnete Bedeutung eingeräumt wird. Weder die wiederholt beklagte Korruption im Umfeld der Regierung, noch deren Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit waren der argentinischen Gesellschaft wichtig genug, um dieser

Regierung, deren Wirtschaftspolitik für eine gewisse Stabilität gesorgt hat, das Vertrauen zu entziehen.

Eine kurze Bemerkung zur gegenwärtigen Wirtschaftspolitik: Zweifellos ist das Gesetz über die Konvertierbarkeit Ausdruck einer gewissen politischen Reife, zumal es sich um ein Gesetz handelt, das im Kongreß verabschiedet wurde. Durch dieses Gesetz gelang eine substantielle Reduzierung der Inflation. Mittelfristig erweist sich das Konvertierbarkeitsgesetz jedoch als Korsett, das eine stärker wachstums- und entwicklungsorientierte Politik verhindert. Schon bald wird die Frage aktuell werden, wie ein derart starres Schema überwunden werden kann. Dies dürfte sich nicht zuletzt deshalb als äußerst schwierig erweisen, weil die Regierung in enormem Ausmaß von Wirtschaftsminister Cavallo abhängig ist. M.E. nimmt Cavallo zur Zeit de facto die Funktion eines Premierministers ein. Er ist ein Superminister, der seit seinem Amtsantritt im Januar 1991 Funktionen in einem Ausmaß akkumuliert hat, die bei weitem über die in der Verfassung vorgesehenen Aufgabenbereiche eines Wirtschaftsministers hinausreichen. Seine Vertrauensleute sitzen inzwischen in allen strategischen Bereichen der Regierung. Cavallo verfügt über eine gewisse Unabhängigkeit von verschiedenen Behörden des Exekutivapparates - der eindeutigste Fall ist das Verhältnis zur Zentralbank. Er hat Vertrauensleute im Finanzsektor plazieren können, beispielsweise innerhalb des *Banco de la Nación*. Auch im Ausland gilt Cavallo als wichtigster Garant für die Stabilität der argentinischen Wirtschaft, was die Regierung in eine schwierige Situation bringen kann: Einerseits ist sie in starkem Ausmaß von Cavallo abhängig, andererseits erweist sich das mit seiner Person verbundene Entwicklungskonzept immer mehr als zu starr für die argentinische Wirtschaft.

Innerhalb der Regierung ist ein Kampf um Einflußbereiche zu beobachten, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der neuen Verfassung. Ich war ein entschiedener Gegner des zwischen Alfonsín und Menem abgeschlossenen *Pacto de Olivos*, auf dessen Grundlage die Verfassung reformiert wurde. Zwar halte ich eine Modernisierung der Verfassung für wichtig, aber genau dies wurde durch den *Pacto de Olivos* nicht erreicht. Zunächst einmal ist anzumerken, daß Alfonsín durch die Unterzeichnung dieses Paktes der Glaubwürdigkeit der UCR als Opposition und als Alternative zur amtierenden Regierung einen schweren Schlag versetzt hat. Der Pakt führte zur Vereinnahmung der bis zu diesem Zeitpunkt wichtigsten Oppositionskraft für die Strategie der Regierung. Und das entscheidende strategische Ziel der Regierung, das sich hinter der Verfassungsänderung verbarg, war die Wiederwahl Menems. Was die neugeschaffene Funktion eines Koordinationsministers angeht, so ist zu betonen, daß dies nichts mit der Einführung parlamentarischer oder semi-parlamentarischer Elemente zu tun hat. Der Koordinationsminister wird vom Präsidenten ernannt und ist nicht vom Vertrauen des Parlaments abhängig. Was unseres Erachtens wirklich bedenklich stimmt, ist eine Tendenz zu wachsender Machtkonzentration.

Heute wird die Macht von einem hegemonialen Block ausgeübt. Dieser Machtblock entspricht weder dem früherer Jahre, noch ist er identisch mit der regierenden Partei. Eine wichtige Rolle innerhalb der herrschenden Koalition spielen vielmehr die stärksten Wirtschaftsgruppen - jene Akteure, die die größten Nutznießer der Privatisierung und der Staatsreform waren. Die Opposition hat es bisher versäumt, dem von dieser mächtigen Koalition verfochtenen Modell eine tragfähige wirtschaftliche, soziale und politische Alternative entgegenzusetzen. Hier liegt das Drama des heutigen Argentiniens und der Schlüssel für ein Verständnis des bei den jüngsten Wahlen gezeigten Verhaltens der Bevölkerung.

Tulio Halperín Donghi: Die Stellungnahmen meiner Vorredner waren sehr aufschlußreich, vielleicht sogar aufschlußreicher, als diese selbst annehmen würden. Alicia Pierini wollte uns Licht und Schatten der gegenwärtigen Situation Argentiniens aufzeigen, nun, ich würde sagen, als Malerin stünde sie Turner um einiges näher als Rembrandt. Nichtsdestotrotz, sie hat uns einige Aspekte des Transformationsprozesses aufgezeigt, ebenso wie Dr. Alemann auf eine Reihe weiterer Phänomene hingewiesen hat. Federico Storani kommentierte die Situation aus der - verständlicherweise nicht allzu wohlwollenden - Perspektive derjenigen, die, zumindest im Moment, immer weniger Einfluß auf den Lauf der Dinge nehmen können.

Erlauben Sie mir zunächst eine Bemerkung zu den mit einer fast brutalen Konsequenz durchgeführten und innerhalb ihrer Grenzen durchaus effektiven Wirtschaftsreformen. Diese Reformen entsprechen einer globalen Tendenz. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt scheint es weltweit keine Alternativen zu geben, sondern nur *eine einzige* Wirtschaftspolitik. Die Alternative besteht lediglich darin, diese Politik widerstrebend oder aus eigenem Antrieb umzusetzen. Alfonsín steht für die erste Position, und ihm ist es damit schlecht ergangen. Menem steht für die zweite Position, und selbstverständlich ist es ihm damit weitaus besser ergangen. Dieser wirtschaftspolitische Erfolg ist das wichtigste politische Kapital der amtierenden Regierung. Er sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich das Land mit einem ernsthaften Problem konfrontiert sieht - einem Problem, dessen man sich bislang nicht bewußt zu sein scheint.

Bevor ich darauf näher eingehe, möchte ich positiv hervorheben, daß die argentinische Gesellschaft sich tatsächlich dazu entschieden hat, in Demokratie zu leben. Dies ist ein tiefgreifender Wandel in der Geschichte des Landes, denn man ist nicht mehr dazu bereit, die Übermacht des Staates widerspruchslos hinzunehmen. Zwei Beispiele mögen dies verdeutlichen: Vor einiger Zeit starb ein Wehrpflichtiger der Streitkräfte, nachdem er zuvor brutal mißhandelt worden war. Solche Vorfälle hatte es in der Vergangenheit immer wieder gegeben, sie gehörten schon fast zur Routine. In diesem Fall aber hat die Bevölkerung dies nicht einfach hingenommen, sondern dagegen

protestiert. Und Präsident Menem reagierte mit dem ihm eigenen Spürsinn, er ordnete eine Bestrafung der Verantwortlichen an und hob die Wehrpflicht auf.

Die zweite Episode scheint mir noch aufschlußreicher zu sein: Das Erziehungsministerium der Provinz Buenos Aires beauftragte eine Reihe von Schuldirektoren, über die ideologischen Ansichten ihrer Schüler Bericht zu erstatten. Man mag dies zu Recht für eine sehr ernste Sache halten, aber wiederum ist anzumerken, daß dies für Argentinien kein Novum war. Die Erziehungsminister haben solche Untersuchungen seit langem immer wieder durchführen lassen. Doch diesmal kam es zu einer Reaktion. Die Schuldirektoren - normalerweise nicht gerade Leute, die sich gegenüber ihren Vorgesetzten durch große Zivilcourage auszeichnen - informierten die Presse. Neu an diesem Verhalten war nicht nur, daß die Schuldirektoren jetzt für unangemessen hielten, was ihnen früher als ein normaler Vorgang erschienen wäre. Neu war auch, daß der Erziehungsminister, nachdem die Angelegenheit an die Öffentlichkeit gelangt war, erklären mußte, er sei falsch verstanden worden. Er müsse die entsprechende Anordnung wohl unterzeichnet haben, ohne sie zuvor gelesen zu haben.

Solche Beispiele zeigen uns eine sehr positive Entwicklung. Was mir jedoch gleichzeitig in Argentinien zu fehlen scheint, ist ein ernsthafter Wandel der Haltung gegenüber dem Staat. Der argentinische Staat wurde in den letzten Jahren mehr oder weniger zerstört, und bislang ist es nicht gelungen, einen neuen institutionellen Rahmen zu errichten. Sehen wir uns das Wirtschaftsministerium an. Domingo Cavallo verfügt heute über eine Handlungsfreiheit zur Gestaltung der Wirtschaftspolitik, wie sie wohl zuletzt Raúl Prebisch und Pinedo in den 30er Jahren besessen haben dürften. Aber zwischen der damaligen und der jetzigen Situation besteht ein einschneidender Unterschied. Damit meine ich nicht nur den himmelweiten qualitativen Unterschied zwischen der damaligen und unserer Politikergeneration. Viel entscheidender ist, daß die Wirtschaftspolitik damals in einem institutionellen Rahmen ablief, der ihr mittlerweile fehlt. Genau darin liegt der Kern unseres Problems: Der alte Staat wurde zerstört, ohne daß eine neue Institutionalität an seine Stelle trat. Die angebliche Rekonstruktion der Institutionen ist ein bloßer Mythos. Zuweilen ist es schon fast kurios, welche Gründe dafür genannt werden, daß ein großer Teil der politischen Realität außerhalb des institutionellen, gewaltenteiligen Rahmens abläuft. So gibt es in Argentinien eine - nach wie vor in Amt und Würden befindliche - Richterin, die wegen ihres skandalösen Verhaltens vom Justizminister zum Rücktritt aufgefordert wurde. Die Richterin reagierte darauf mit den Worten: „Wie kann man von mir erwarten, daß ich zurücktrete, wenn meine Immunität als Richterin das einzige ist, was mich vor dem Gefängnis schützt?“

Es scheint mir allerdings ein Fehler zu sein, ausschließlich Präsident Menem für das mangelhafte Funktionieren der Institutionen verantwortlich zu machen. Menem regiert das Land in einer Situation, in der die verfassungsmäßige Ordnung eigentlich

überhaupt nicht existiert, und er schafft ein System, das als Ersatz dieses nichtexistierenden Institutionensystems funktioniert. Dies gilt im übrigen nicht nur für die staatliche, sondern auch für die politische Ebene, also auch für die peronistische Bewegung. Diese Bewegung ist manchmal peronistisch, und manchmal nicht. Wie sieht die reale Struktur der Bewegung aus? Sie war niemals allzu formal ausgeprägt, aber zumindest existierte eine Reihe von internen Kräften, die dieser Bewegung de facto eine sehr solide Struktur verliehen. Dazu gehörten die Gewerkschaften, die als politischer Apparat auf der lokalen und kommunalen Ebene sehr gut funktionierten. Dazu gehörte in den 40er und 50er Jahren die peronistische Frauenorganisation. Auf der politischen Ebene existiert all dies nicht mehr, und auf der gesellschaftlichen Ebene existiert es lediglich in äußerst reduzierter Art und Weise. Die Gewerkschaften beispielsweise sind ein Schatten ihrer selbst.

All dies führt mich dazu, die gegenwärtige Situation des Landes vielleicht mit weniger Zorn und Erregung zu betrachten als Federico Storani, stattdessen jedoch mit weitaus mehr Beklemmung. Die Stabilität beruht weitgehend auf den ökonomischen Erfolgen, aber - dies hat Juan Alemann sehr zu recht angemerkt - keine wirtschaftliche Prosperitätsphase dauert ewig. Nebenbei bemerkt: Schade, daß das Wirtschaftskabinett, dem er angehörte, diese elementare Wahrheit nicht zur rechten Zeit erkannte. Aber was passiert, wenn die gegenwärtige wirtschaftliche Stabilität zu Ende geht? Genau dies ist es, was uns allen Sorgen bereitet.

2. Diskussion

Detlef Nolte: Herr Storani, die letzte UCR-Regierung endete 1989 in einem wirtschaftlichen Fiasko. Wie hätte die wirtschaftspolitische Alternative einer erneuten UCR-Regierung ausgesehen?

Federico Storani: Es ist richtig, daß es in der Endphase der Regierung Alfonsín zu einer sehr komplizierten wirtschaftlichen Situation kam, die sich in der Hyperinflation des Jahres 1989 manifestierte. Man sollte aber nicht vergessen, daß es unter dem peronistischen Wirtschaftsminister Erman González im Jahr 1990 erneut zu einer Hyperinflation kam, d.h. auch die amtierende Regierung durchlebte vor dem Amtsantritt von Domingo Cavallo einige äußerst schwierige wirtschaftliche Momente.

Die UCR-Regierung verzeichnete in den 80er Jahren einen gewissen Stabilisierungs- und Wachstumserfolg mit dem „*Plan Austral*“. Sie beendete ihre Amtszeit mit einer Hyperinflation, nachdem sie ihre politischen Handlungsmöglichkeiten gegen Ende der 80er Jahre weitgehend eingebüßt hatte. Nach der Wahlniederlage der UCR im Jahr 1987 verfügte die Regierung nicht mehr über eine Mehrheit im Parlament. Deshalb war es ihr auch nicht möglich, die angestrebten Reformen durchzusetzen. Was die strukturellen Reformen, beispielsweise die Staatsreform, angeht, so ist zu sagen, daß wir die Privatisierung auf eine andere Art und Weise durchgeführt hätten. Es sei daran erinnert, daß der damals zuständige Minister Terragno sich mehrmals darum bemühte, das Parlament von der Notwendigkeit gewisser Privatisierungen zu überzeugen. Die peronistische Opposition weigerte sich jedoch strikt, der u.a. geplanten Privatisierung der Telefongesellschaft ENTEL und des Luftfahrtunternehmens *Aerolíneas Argentinas*, durch die ein erster Schritt in Richtung Staatsreform unternommen werden sollte, zuzustimmen.

Im Unterschied zur amtierenden Regierung würden wir es für wichtig halten, daß der Staat wieder eine aktivere Rolle im wirtschaftlichen Bereich übernimmt, und zwar nicht als Eigentümer von Unternehmen, sondern beispielsweise hinsichtlich einer indikativen Planung der verschiedenen Produktionsbereiche.

Die wirtschaftliche Situation ist weniger rosig, als sie zuweilen dargestellt wird. Wenn wir beispielsweise die Handelsbilanz mit Brasilien betrachten, so trifft es zwar zu, daß in den letzten beiden Monaten jeweils ein Überschuß erwirtschaftet werden konnte. Aber Tatsache ist auch, daß die bilaterale Handelsbilanz seit Inkrafttreten des Konvertibilitätsplans im April 1991 ständig defizitär für Argentinien war. Zur Zeit hat sich die Situation aufgrund des MERCOSUR ein wenig entspannt, weil die Exporte nach Brasilien gesteigert werden konnten. Aber die Zukunft ist ungewiß. Inzwischen hat die brasilianische Regierung beispielsweise Obergrenzen für den Import argentinischer Fahrzeugmotoren beschlossen. Gerade dieser Industriezweig war in

den letzten Jahren ein wichtiger Exportmotor für die argentinische Wirtschaft - nicht zuletzt deshalb, weil es einer der wenigen geschützten Sektoren innerhalb eines ansonsten neoliberalen Außenhandelsregimes war. Auch die Haushaltsgeräteindustrie wies in den letzten Jahren ein bedeutendes Exportwachstum auf. Wenn Brasilien - und auch dies wird gegenwärtig diskutiert - Einfuhrbeschränkungen für diese Waren erlassen würde, müßten insbesondere in Feuerland zahlreiche Betriebe geschlossen werden.

Unseres Erachtens sollte ein Investitionsfonds geschaffen werden, der mit Ressourcen aus denjenigen Bereichen der Industrie gespeist wird, die über komparative Kostenvorteile verfügen. Damit könnte zumindest ein Teil der Schulden des Agrarsektors refinanziert werden. Denn der Agrarsektor ist derart hoch verschuldet, daß er aus eigener Kraft kaum einen Ausweg aus der gegenwärtigen Krise finden dürfte.

Juan Alemann: Bei allem Respekt für Herrn Dr. Storani möchte ich einen Fehler korrigieren. Brasilien hat bislang lediglich Quoten für den Import von Autos aus Ländern erlassen, die nicht dem MERCOSUR angehören. Über entsprechende Importe aus Argentinien wird gegenwärtig diskutiert, dies aber auch aus verständlichen Gründen. Es kann in einem Gemeinsamen Markt nicht zwei Sonderregime für ein und dasselbe Produkt geben. Genau dies ist jedoch gegenwärtig der Fall: In Argentinien und Brasilien existieren unterschiedliche Bestimmungen zum Schutz der nationalen Automobilindustrie, wobei die argentinische Industrie einen größeren Schutz genießt als die brasilianische. Verständlicherweise ist die brasilianische Regierung daran interessiert, diesen Zustand zu korrigieren.

Im Hinblick auf die Haushaltsgeräte-Industrie sieht die Situation folgendermaßen aus: Der Produktionsschwerpunkt für diese Industrie liegt in Argentinien in Feuerland, wohin sämtliche Vorprodukte zollfrei eingeführt werden können. Auch der Export der Endprodukte nach Brasilien unterliegt keinerlei Zöllen. Dagegen werden die in Brasilien auf der Grundlage eines ähnlichen Regimes produzierten Waren bei der Einfuhr nach Argentinien mit einem Zoll belegt. Auch dies muß korrigiert werden, und genau darüber wird zum gegenwärtigen Zeitpunkt diskutiert.

Solche Diskussionen sind jedoch innerhalb eines Gemeinsamen Marktes etwas ganz alltägliches. Hier in Europa diskutiert man zwischen Frankreich und Deutschland immer noch über Bananen, obwohl die Integrationsstrukturen bereits seit vielen Jahren existieren. Solche Diskussionen wird es immer geben, aber es handelt sich um nicht allzu wichtige Probleme. Worauf es wirklich ankommt, ist die Tatsache, daß der wechselseitige Handelsaustausch zwischen Argentinien und Brasilien in den vergangenen Jahren explosionsartig zugenommen hat, und daß es in diesem Zusammenhang zu einer starken wirtschaftlichen Integration gekommen ist.

Carlos Vega: Eine kurze ergänzende Antwort auf die vorhin gestellte Frage nach den wirtschaftspolitischen Alternativen der UCR: Das Wahlprogramm des UCR-Präsidentschaftskandidaten von 1989, Eduardo Angeloz, sah genau jene Staatsreform vor, die Menem dann umsetzte. Menem dagegen versprach im Wahlkampf den *salario* und die *revolución productiva*. Aus diesem Grund haben ihn die Leute gewählt. Was Menem dagegen nach dem Wahlsieg in die Tat umsetzte, war genau das, was Angeloz zuvor angekündigt hatte.

Juan Alemann: Eins muß doch einmal festgehalten werden: Menem hat den *salario* und die *revolución productiva* nicht nur versprochen, er hat sie auch tatsächlich umgesetzt, denn die Löhne sind in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Ein Arbeiter beispielsweise verdiente vor 1989 200 Dollar. Ein Fernseher kostete damals 800 Dollar. Heute verdient dieser Arbeiter mehr als 400 Dollar, und der Fernseher kostet weniger als 400 Dollar. Und der Fernseher ist sehr wichtig für diesen Arbeiter, er verändert sein Leben.

Dirk Messner: Herr Halperín Donghi, Sie sprachen von der Schwäche der staatlichen Institutionen. Könnten Sie uns etwas mehr über die Ursachen, über die Wurzeln dieses Problems sagen? Handelt es sich lediglich darum, daß nunmehr nach einer ersten Phase der wirtschaftlichen Reformen eine zweite Phase politischer Reformen folgen muß, oder geht es vielleicht um ein tiefersitzendes, mit der politischen Kultur Argentiniens verknüpftes Problem?

Tulio Halperín Donghi: Ich bin mir nicht sicher, ob dieses Problem mit der politischen Kultur des Landes zusammenhängt. Aber wie Juan Alemann richtig festgestellt hat: Die Inflation war in Argentinien keine bloße Anekdote, und auch die Dekadenz des Staates war es nicht. Das letzte einigermaßen geordnete Staatswesen - es ist traurig, dies sagen zu müssen - hinterließen uns die Konservativen der 30er Jahre. Davon zehrte der Peronismus in den 40er und 50er Jahren, d.h. der Peronismus führte lediglich einige Retuschen an einer in ihren Grundzügen in den 30er Jahren errichteten Staatstruktur durch. In späteren Jahren erlebten wir einen immer stärkeren Verfall des Staatswesens. Die Dekadenz des Staates äußerste sich u.a. in dessen Unfähigkeit, Steuern einzutreiben. Die Probleme des Landes hingen gar nicht einmal in erster Linie mit exzessiven staatlichen Ausgaben zusammen, sondern vor allem damit, daß dem Staat die Autorität fehlte, um die Leute von der Notwendigkeit zu überzeugen, Steuern zu bezahlen. Hinzu kam die fehlende Qualität des staatlichen Personals.

Seit Anfang der 90er Jahre hat man sich darum bemüht, eine funktionierende staatliche Bürokratie zu schaffen. Solche Versuche waren allerdings bislang nicht sonderlich erfolgreich. Insbesondere dem Problem der Korruption, das sich infolge der wachsenden Schwäche des Staates seit 1955 immer weiter ausgebreitet hat, konnte man bislang nicht wirkungsvoll begegnen. Während des ersten peronistischen

Regimes hielt sich die Korruption noch in Grenzen, nicht zuletzt aufgrund der enormen Machtkonzentration in den Händen der Exekutive. Es machte keinen Sinn, einen Abgeordneten bestechen zu wollen, denn die Parlamentarier verfügten ja überhaupt nicht über politischen Einfluß. Je mehr der Staat dagegen später aufhörte, ein funktionierendes System zu sein und eine Art „Feudalisierung“ des Staates eintrat, desto stärker nahm die Korruption zu. Der Höhepunkt dieser Entwicklung wurde während der Militärdiktatur 1976-1983 erreicht. Es kam zu einer regelrechten Feudalisierung der verschiedenen Zweige der staatlichen Verwaltung, die alle ihre jeweiligen, beträchtlichen Nebeneinkünfte hatten.

Bis zum heutigen Tag konnte dieses Phänomen nicht überwunden werden, und es ist sehr schwierig, etwas dagegen zu tun. Die Regierung Alfonsín widmete dem Problem nicht genügend Aufmerksamkeit. Alfonsín strebte eine Reform des Staates an, aber er war sich nicht darüber im klaren, daß Reformen erst dann wirklich sinnvoll sind, wenn zumindest die Routineautorität des Staates zuvor wiederhergestellt werden konnte. In gewisser Weise ist es daher verständlich, wenn die unter Menem erfolgten Reformen teilweise autoritäre Züge annahmen. Man bemühte sich auf autoritäre Art und Weise darum, den Staat wieder zum funktionieren zu bringen. Daher auch meine vorhin geäußerte Bemerkung zu Menem: Er repräsentiert denjenigen Politikertyp, der im gegenwärtigen Argentinien funktionieren kann. Das mag ein Unglück für Argentinien sein, aber es ist nicht die Schuld Menems.

Detlef Nolte: Herr Alemann, wo sehen Sie die Risiken der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation? Ich denke beispielsweise an die Auswirkungen einer möglichen Finanzkrise auf internationaler Ebene, an die Situation der Provinzen, an die in den letzten Jahren gewachsene Auslandsschuld, an die im Vergleich zu anderen Ländern, z.B. Chile, nach wie vor sehr niedrige Investitionsrate. Auch frage ich mich, wie lange es sich eine Regierung leisten kann, auf ein Instrument wie die Wechselkurspolitik zu verzichten. Gibt man damit nicht die Möglichkeit auf, flexibel auf Veränderungen der internationalen Rahmenbedingungen zu reagieren?

Juan Alemann: Die Auslandsschulden stellen m. E. kein allzu großes Problem dar. Sie sind im Verhältnis zum BSP nicht höher als in den USA oder in anderen Ländern. Was die Handelsbilanz angeht, so hat sich diese in den vergangenen Jahren deutlich verbessert, und zwar nicht nur konjunkturell, nicht nur aufgrund des verbesserten Austausches mit Brasilien, sondern aus strukturellen Gründen. Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang vor allem die gewachsene Effizienz der argentinischen Wirtschaft, d.h. die Produktivitätssteigerungen und die Verringerung der indirekten Produktionskosten (*costo argentino*). Beispielsweise sind die Kosten für Elektrizität und für Transport stark gesunken. Die Hafengebühren sind heute vergleichbar mit denen in Hamburg, während sie früher doppelt so hoch lagen. Solche Entwicklungen haben dazu geführt, daß die Wettbewerbsfähigkeit der argentinischen Industrie gestiegen ist.

Dies zeigt sich ja auch daran, daß die Industrieexporte, nicht zuletzt die nichttraditionellen Exporte, in den letzten Jahren zugenommen haben.

Auch der feste Wechselkurs ist kein ernsthaftes Problem. Es gab in Argentinien zwischen 1890 und 1935 schon einmal ein Konvertibilitätsschema. Vor allem zwischen 1900 und 1914 wurde es strikt und ohne Ausnahmen durchgehalten, und in diesen 14 Jahren stieg das BSP um 140%.

Die Investitionsquote ist während des Konvertibilitätsplans stark gestiegen, sie liegt heute bei über 20%. Dies ist auch im internationalen Vergleich ein beachtlicher Wert. Zwar wies unser Land, einmal abgesehen von den 80er Jahren, auch früher Investitionsquoten von 18-20% auf, aber im Unterschied zur Vergangenheit wird heute viel effizienter investiert. Früher war der Staat ein wichtiger Investor, aber er verhielt sich gleichzeitig überaus ineffizient. Siemens beispielsweise beliefert die privatisierten Telefongesellschaften heute mit Telekommunikationstechnologie zu einem Preis, der nur etwa die Hälfte dessen ausmacht, was der Staat früher bezahlte. Insofern müssen wir einen großen Teil der traditionellen staatlichen Investitionen als unnütze, ineffiziente Ausgaben betrachten. Von der 20%igen Investitionsquote des vergangenen Jahres dürften ca. 17% auf eigenen Ressourcen basieren. Nur etwa 3% gingen auf ausländische Investoren zurück. Auf einen weiteren Zufluß von Investitionen können wir zudem auch deshalb zählen, weil sich zahlreiche Käufer ehemaliger Staatsunternehmen vertraglich dazu verpflichtet haben, Investitionen vorzunehmen.

Eine wirklich ernsthafte Herausforderung stellt dagegen die Arbeitslosigkeit dar. Es wird nicht einfach sein, dafür eine Lösung zu finden. Aber dabei handelt es sich nicht allein um ein Problem unseres Landes, sondern um ein weltweites Phänomen.

Zweifellos ist der gegenwärtige Wirtschaftsplan in gewissem Ausmaß von einem weiteren Zustrom ausländischen Kapitals abhängig. Wenn die Weltkonjunktur mehr oder weniger gut läuft, geht es auch Argentinien gut. Wenn die Weltkonjunktur dagegen schlecht läuft, haben auch wir Probleme. Aber wichtig ist doch, daß wir inzwischen Teil eines Systems sind, in dem wir unsere Angelegenheiten mit der gleichen Rationalität handhaben, wie dies auch andere Länder tun.

Jorge Japaz: M.E. sind die Probleme Argentinien nicht die gleichen wie die Europas. Dies mag vielleicht für die Arbeitslosigkeit zutreffen. Aber in Europa, beispielsweise in Deutschland, ist das Erziehungssystem und das Gesundheitssystem nicht zerstört, wie dies leider in Argentinien der Fall ist. Welche Möglichkeiten sehen Sie, um diese Situation zu überwinden?

Juan Alemann: Ich sehe die Situation nicht so tragisch. Um mit dem Gesundheitssystem zu beginnen: Die Statistiken zeigen, daß von einer Zerstörung keine Rede sein kann. Die Kindersterblichkeitsrate beispielsweise ist in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich gesunken. Dank der medizinischen Fortschritte liegt die Lebenserwartung heute um zehn Jahre höher als in den 50er Jahren. Selbstverständlich gibt es enorme Schwierigkeiten, aber sie können gelöst werden.

Das Thema Erziehung ist überaus komplex. Anfang der 70er Jahre lag der Anteil derjenigen, die über eine qualifizierte Schulausbildung verfügten, bei etwa 23%. Heute sind es mindestens 33%. Innerhalb dieser Gruppe gibt es einen Anteil hochqualifizierter Personen, auch wenn die allgemeine Qualität der Bildungseinrichtungen nicht allzu gut sein mag. Argentinien bringt ein gutes Niveau von Fachkräften hervor. Es mag richtig sein, daß wir wenig für die Forschung ausgeben. Aber die Forschung ist ein Luxus. Was man in einem Land wie Argentinien als ersten Schritt erreichen muß, ist die Fähigkeit, die Forschungsergebnisse aus anderen Ländern zu nutzen. Unser Erziehungs- und Ausbildungsniveau erlaubt es uns inzwischen, dies zu tun. Der sichtbarste Beweis dafür ist die explosionsartige Verbreitung der Nutzung von Computern. Insbesondere im Softwarebereich ist unser Land heute bereits an der Entwicklung und Erforschung neuer Programme beteiligt.

Alicia Pierini: Von einer Zerstörung des Erziehungssystems kann wirklich keine Rede sein. Es trifft zu, daß es eine langanhaltende Dekadenz in diesem Bereich gab. Unsere Regierung ist sich dessen bewußt. Aber es handelt sich um die Folgen einer langjährigen Diktatur und um die Konsequenzen jener Jahre, in denen die notwendigen Reformen verpaßt wurden. Die Regierung Alfonsín sprach zwar sehr viel über eine Reform des Erziehungssektors, aber es wurden keine tatsächlichen Schritte dazu eingeleitet. Man darf daher nicht der amtierenden Regierung die Schuld für den schlechten Zustand des Erziehungswesens zuschieben. Zudem ist es gerade die jetzige Regierung, die mit einer Reform der Grund- und Sekundarschulausbildung begonnen hat. Wir verfügen heute in Argentinien über eine der höchsten Einschulungsquoten in ganz Lateinamerika. Mehr als 90% der Kinder beginnen eine Schulausbildung. Selbstverständlich wird eine grundlegende Reform des Sektors jedoch eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen.

Federico Storani: Das traditionelle argentinische Gesundheitssystem basierte auf drei Pfeilern: der staatlichen Gesundheitsfürsorge, den gewerkschaftlichen Sozialwerken und der privaten Medizin. Die staatliche Gesundheitsfürsorge hat eine spektakuläre Verschlechterung erfahren, und zwar nicht nur als Folge eines belastenden Erbes, sondern auch aufgrund einer gewollten Orientierung weg von einem staatlichen hin zu einem privat organisierten Gesundheitssystem. Der Staat entzieht sich damit immer mehr einer Verantwortung, die er unseres Erachtens unbedingt behalten müßte.

Mit der Krise der Gewerkschaften gerieten auch die überaus mächtigen gewerkschaftlichen Sozialwerke in eine Krise. Grundsätzlich halte ich eine Reform der Sozialwerke für richtig, denn diese waren einer der Kernbereiche der Korruption in unserem Land. Die Lösung dürfte jedoch nicht darin bestehen, die Sozialwerke einfach zu liquidieren, denn dadurch wird ein Teil der Bevölkerung von der Gesundheitsfürsorge ausgeschlossen. Viele können sich eine private medizinische Betreuung nicht leisten, denn ihre Gehälter sind so niedrig, daß sie kaum ausreichen, um das Lebensnotwendigste zu finanzieren. Dies gilt umso mehr, als sich die Kosten für die private Gesundheitsfürsorge in den letzten Jahren fast verdreifacht haben.

Auch im Erziehungssektor zieht sich der Staat aus seiner grundsätzlichen Verantwortung zurück. So wurden beispielsweise die Grundschulen auf die Provinzen übertragen, aber ohne den Provinzen die notwendigen Ressourcen zuzugestehen. Was die wissenschaftliche und technologische Forschung angeht, so muß ich Herrn Alemann widersprechen. Gerade innerhalb des heute so stark verteidigten kapitalistischen Systems reichen die naturgegebenen Kostenvorteile - über die Argentinien glücklicherweise verfügt - längst nicht mehr aus, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Erforderlich sind wissenschaftliche und technologische Erkenntnisse und ein funktionierendes Erziehungssystem, kurz: Humankapital. Hinsichtlich der Qualität des Humankapitals, von der Alemann spricht, ist m.E. etwas mehr Bescheidenheit angebracht. Argentinien ist heute nicht einmal bei der Ausbildung seiner Arbeitskräfte international wettbewerbsfähig. Dies wird zukünftig noch viel weniger der Fall sein, wenn wir die wissenschaftliche und technologische Forschung weiter so vernachlässigen, wie dies gegenwärtig passiert. Die Grundlagenforschung wurde fast vollständig aufgegeben.

Peter Waldmann: Wenn ich Herrn Halperín Donghi richtig verstanden habe, können wir in Argentinien gegenwärtig zwei gegenläufige Tendenzen beobachten: Einerseits mehr demokratisches Bewußtsein, d.h. man läßt sich nicht mehr alles gefallen; andererseits einen fehlenden Respekt für die Institutionen, d.h. man schafft Gesetze, reformiert die Verfassung, ohne jedoch die Dinge wirklich ernst zu nehmen. Was bedeutet dies für die politische Zukunft des Landes? Müssen wir mit neuen populistischen Bewegungen rechnen? Sind autoritäre Situationen völlig ausgeschlossen? Wie kann eine Demokratie, die nicht institutionalisiert ist, auf Dauer funktionieren? Mit welchen Konsequenzen ist zu rechnen, wenn es zu einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation kommt?

Tulio Halperín Donghi: In gewisser Hinsicht haben wir es mit einem universellen Problem zu tun, denn manchmal hat man den Eindruck, daß die Demokratie - und zwar nicht nur in Argentinien - aufgrund einer gewissen „institutionellen Trägheit“ funktioniert. Der Konsens hinsichtlich der Demokratie ist ein wenig jener Konsens, den Churchill in seinem berühmten Ausspruch umschrieben hat, daß die Demokratie ein sehr schlechtes System sei, aber daß leider alle alternativen Systeme noch viel

schlechter seien. Inwieweit diese zögerliche Unterstützung für die Demokratie aufrechterhalten werden kann, wenn große Schwierigkeiten auftreten, ist tatsächlich ein ernstes Problem, und zwar für Argentinien genauso wie für irgendein anderes Land. In den USA beispielsweise hat man es mit dem Problem zu tun, daß die Leute einfach nicht mehr zur Wahl gehen.

Was eine mögliche Rückkehr der Streitkräfte auf die politische Bühne angeht, so sollte man sich eine fast schon kuriose Entwicklung vor Augen halten: Der Machtverlust der Streitkräfte hat auch zu einem Prestigeverlust gegenüber einer Gesellschaft geführt, die den Erfolg bewundert. Gegenwärtig können wir in Argentinien ein unglaubliches Phänomen beobachten: Für Wirtschaftsminister Cavallo scheint es schwieriger zu sein, den Etat des *Consejo Nacional de Investigación Científica y Tecnológica* (CONICET) zu kürzen, als denjenigen der Streitkräfte. Seine entsprechenden Versuche gegenüber dem CONICET führten zu landesweiten Protesten. Die Streitkräfte dagegen wurden einem rigiden Austeritätskurs unterworfen, ohne daß irgendetwas passiert wäre. Die Streitkräfte sind zudem institutionell und finanziell so sehr geschwächt, daß eine „Gegenoffensive“ von ihnen kaum zu erwarten ist. Die politischen Interventionen der Streitkräfte waren in Argentinien zu einem Mechanismus geworden, den man fast schon als normal betrachtete. Sie waren sozusagen Teil des institutionellen Systems. Genau dies ist nicht mehr der Fall.

Juan Alemann: Was man gegenwärtig in der argentinischen Gesellschaft beobachten kann - und dabei ist auch der Einfluß der Massenmedien nicht zu unterschätzen - ist eine größere Anteilnahme am politischen Geschehen. Früher war dies nicht so. Die Bevölkerung ist sehr viel „qualitätsbewußter“ hinsichtlich der Politiker geworden. Die Leute wählen weniger aufgrund von Parteiloyalitäten als aufgrund von persönlichen Qualitäten. Man schaut sich recht genau an, wen man wählt. Dazu hat auch das Fernsehen beigetragen, denn das Fernsehen zeigt die Kandidaten sozusagen „nackt“.

Auch in institutioneller Hinsicht hat unser Land Fortschritte gemacht. Im Rahmen der Verfassungsreform gibt es einen Punkt, den ich für außerordentlich wichtig halte, und zwar das geänderte Verfahren zur Auswahl der Richter. Bislang wurden die Richter aufgrund politischer Kriterien ausgewählt, die Posten an die politischen Freunde verteilt. Dies führte zu einer hochgradigen Politisierung der Justiz. Jetzt existiert ein professionell zusammengesetztes Gremium, das für die Auswahlverfahren zuständig ist, in Zukunft wird es öffentliche Ausschreibungen geben. Aus den drei qualifiziertesten Kandidaten wird dann im Rahmen der politischen Mehrheitsverhältnisse einer ausgewählt. Wir dürfen also erwarten, daß unsere zukünftigen Richter, die aufgrund eigener Verdienste und Qualifikationen ausgewählt werden, über eine ganz andere Autorität verfügen als die ausschließlich aufgrund politischer Kriterien ausgewählten. Mit diesen Reformen machen wir langsame Fortschritte in Richtung auf eine unabhängige Justiz.

Grundsätzlich ist daher festzustellen, daß in zahlreichen Bereichen positive Entwicklungen zu verzeichnen sind. Man darf jedoch nicht erwarten, daß wir alle Probleme auf einmal lösen können. Wir brauchen Zeit, aber wir sind auf dem richtigen Weg.

Federico Storani: M.E. ist die Demokratie in Argentinien inzwischen beachtlich konsolidiert. Niemand sollte glauben, daß erneut mit einem Staatsstreich zu rechnen ist. Die argentinische Demokratie hat ihre Defekte - und nicht zuletzt um die zu diskutieren, findet ja dieses Symposium statt -, aber ein „klassischer“ Militärputsch kann wohl für die Zukunft ausgeschlossen werden.

All dies berührt auch die Frage der politischen Partizipation. In dieser Hinsicht befinden wir uns heute in einer anderen Situation als im Jahr 1983, als eine Euphorie aufgrund der Wiederherstellung der Demokratie bestand. Die Partizipation war enorm: Die Parteikomitees, die Basisgruppen, alle politischen Organisationen waren voll von Leuten, die mit Begeisterung und Optimismus an die Arbeit gingen. Auf diese erste Phase des Transitionsprozesses folgte eine gewisse Ernüchterung. Das Interesse großer Teile der Gesellschaft an der Politik hat deutlich nachgelassen. Aber ich kenne keine konsolidierte Demokratie auf der Welt, in der die Bevölkerung ständig an politischer Partizipation interessiert wäre, eher ist das Gegenteil der Fall.

Richtig ist, daß die Politikverdrossenheit in Argentinien zugenommen hat, allerdings muß man hinzufügen: Es handelt sich dabei um ein Phänomen, daß nicht nur in Argentinien zu beobachten ist, sondern auch in Deutschland, in Italien, in Brasilien oder in Peru. Dies führt dann zu Wahlerfolgen wie denen Berlusconis in Italien, Collor de Mellos in Brasilien oder Fujimoris in Peru. Auch in Argentinien stellt man die Rolle der Politiker in Frage - von seiten einiger intellektueller Zirkel, die für Politiker nichts anderes übrig haben als ständigen Sarkasmus; von seiten einiger Gruppen mit weitaus geringerem intellektuellem Niveau, die systematisch versuchen, die Grundlagen des System zu zerstören. Nicht zuletzt die Massenmedien spielen in diesem Zusammenhang eine äußerst destruktive Rolle.

Aber auch die politischen Parteien sind mitschuldig daran, wenn die Politikverdrossenheit zunimmt. Es fehlen ausreichend transparente Mechanismen, die den Parteien das Vertrauen der Bevölkerung garantieren könnten. Dazu würde die Möglichkeit der Mitglieder gehören, an der Wahl der Parteivorstände und der Kandidaten für öffentliche Ämter direkt zu partizipieren. Auch über eine generelle Reform des Wahlsystems sollte man nachdenken. Das gemischte Wahlsystems Deutschlands beispielsweise wäre m.E. eine Möglichkeit, die Partizipationsmöglichkeiten der Bevölkerung in dieser zweiten Phase der Demokratisierung zu verbessern.

Anhang A: Dokumentation der Wahlergebnisse vom 14.5.1995

| Tabelle 1: Ergebnis der Präsidentschaftswahlen vom 14.5.1995 | | | |
|---|---|--------------------------------|-----------------------------|
| Partei | Kandidaten für Präsidentschaft und Vizepräsidentschaft | Stimmenanteil (absolut) | Stimmenanteil (in %) |
| Partido Justicialista (PJ) | Carlos Menem Carlos Ruckauf | 8.519.010 | 49,9 |
| Frente para un País Solidario (FREPASO) | José Octavio Bordón Carlos Alvarez | 4.993.360 | 29,3 |
| Unión Cívica Radical (UCR) | Horacio Massaccesi Horacio Fernández | 2.898.360 | 17,0 |
| Movimiento por la Dignidad Nacional (MODIN) | Aldo Rico Jorge Fernández Pezzano | 303.520 | 1,8 |
| Sonstige | | 346.016 | 1,6 |
| Abgegebene Stimmen | | 17.757.434 | |
| Wahlberechtigte | | 22.158.612 | |
| Quelle: Instituto de Relaciones Europeo-Latinoamericanas (IRELA): Argentina in the 1990s: Progress and Prospects under Menem, Madrid 1995:56. | | | |

| Tabelle 2: Ergebnis der Teilwahlen zum Abgeordnetenhaus vom 14.5.1995 | | | | |
|--|-----------------------------|---------------------|--------------------------|-----------------------------------|
| Partei | Stimmenanteil (in %) | neue Mandate | Mandate insgesamt | Veränderung gegenüber 1993 |
| PJ | 43,1 | 68 | 133 | + 8 |
| UCR | 21,9 | 29 | 70 | - 13 |
| FREPASO | 21,0 | 21 | 27 | + 15 |
| UCeDé | 3,0 | 2 | 2 | - 3 |
| MODIN | 1,7 | - | 4 | - 3 |
| Sonstige (incl. Regionalparteien) | 9,4 | 10 | 21 | - 4 |
| Quelle: Clarín vom 21.5.1995:13. | | | | |

Anhang B Programm des Symposiums

Freitag, 30. Juni 1995 (Tagungsort: Hauptgebäude der Universität, Universitätsplatz, Konzilzimmer; ab 18.45 Aula)

10.00 Uhr Breves observaciones sobre la situación argentina actual por parte de los miembros de la la delegación de científicos, periodistas y políticos argentinos:

Dr. Juan E. Alemann; Wirtschaftswissenschaftler und Publizist; Mitherausgeber der Zeitung „*Argentinisches Tageblatt*“;

Prof. Dr. Tulio Halperín Donghi; Historiker; zahlreiche Veröffentlichungen zur argentinischen und lateinamerikanischen Geschichte; seit 1972 Professor an der *University of California, Berkeley*;

Dr. Alicia Pierini; Juristin; 1970-1989 tätig als Anwältin; 1989-1991 Beraterin des Justizministers; seit März 1991 Leiterin der Menschenrechtsabteilung des argentinischen Innenministeriums;

Dr. Federico Storani; Jurist; führendes Mitglied der *Unión Cívica Radical*; langjähriger Abgeordneter des argentinischen Parlaments; 1987-1991 Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten;

Angel Vega; Journalist; Leiter der Redaktion Politik und Parlamentswesen der Tageszeitung „La Nación“;

Moderation: Dr. Gerhard Kutzner, Leiter des Ref. Lateinamerika, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

anschl. Discusión

12.30 Uhr Mittagessen im Restaurant *Ratskeller*

14.30 Uhr Kurze Stadtführung vom Kloster zum Heiligen Kreuz zum Kröpeliner Tor durch Dr. Thomas Schwark, Leiter des Kulturhistorischen Museums der Stadt Rostock

16.00 Uhr Einführung in das Tagungsthema: Prof. Dr. Nikolaus Werz

Themenblock I. Historische und zeitgeschichtliche Fragestellungen

(Moderation: Prof. Dr. Dietrich Briesemeister, Berlin)

16.15 Uhr Historischer Diskurs und politische Öffentlichkeit in Argentinien (19./20. Jh.)
(PD Dr. Michael Riekenberg, Leipzig)

17.00 Uhr Die Position des „*Economic Survey*“ zur Industrialisierung und Wirtschaftspolitik in den 40er Jahren
(Dr. Arnold Spitta, Berlin)

17.45 Uhr Kaffeepause

- 18.00 Uhr** Soziale Anomie in den 70er und 80er Jahren
(Prof. Dr. Peter Waldmann, Augsburg)
- 18.45 Uhr** Festvortrag: La experiencia histórica argentina en el contexto latinoamericano: Convergencias y divergencias en el curso del siglo XX
(Prof. Dr. Tulio Halperín Donghi, University of California, Berkeley)
(Einführung: Prof. Dr. Ernesto Garzón Valdés, Mainz)
- 20.00 Uhr** Grußworte durch die Prodekanin der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät, Prof. Dr. Doris Neuberger;
anschließend Empfang im Konzilzimmer der Universität Rostock

Samstag, 1. Juli 1995 (Tagungsort: Hauptgebäude der Universität, Universitätsplatz, Konzilzimmer)

- 9.00 Uhr** Literarische Reaktionen auf die Militärdiktatur des „Proceso“
(Prof. Dr. Karl Kohut, Eichstätt)

Themenblock II. Die Regierung Menem - eine vorläufige Bilanz
(Moderation: Rafael Sevilla, Tübingen)

- 10.00 Uhr** Argentinien: Ein Volk von Peronisten? Eine Bilanz nach der ersten
Präsidentschaft von Carlos Menem
(Dr. Detlef Nolte, Hamburg)
- 11.00 Uhr** Kaffeepause
- 11.15 Uhr** Argentinien - Wirtschaftsstrategie im Umbruch
(Dr. Dirk Messner, Duisburg)
- 12.30 Uhr** Kurze Führung durch die Marienkirche durch Herrn Ulrich Kunze, Amt
für Pressearbeit und Stadtmarketing
- 13.00 Uhr** Mittagessen im Restaurant *Burwitz*
- 14.30 Uhr** Die Rolle des Militärs: Eine Bedrohung der neuen Demokratie?
(Dr. Wolfgang S. Heinz, Berlin)
- 15.30 Uhr** Acerca de la reconversión del sistema educativo argentino. 1984-1995
(Prof. Dr. Cecilia Braslavsky, Buenos Aires)
- 16.30 Uhr** Kaffeepause
- 16.45 Uhr** Después de la reforma constitucional y de las elecciones del 14 de
mayo: Algunos aspectos del escenario político argentino
(Dr. Carlota Jackisch, Buenos Aires)

Themenblock III: Reaktionen der gesellschaftlichen Akteure auf den politischen und ökonomischen Transformationsprozeß

(Moderation: PD Dr. Heinrich W. Krumwiede, Ebenhausen)

- 17.45 Uhr** La evolución de los partidos políticos en la democracia argentina. Balance y perspectivas
(Sandra Carreras, Mainz)
- anschl.** Fahrt der Referenten/Moderatoren und der argentinischen Delegation nach Ahrenshoop; gemeinsames Abendessen im Kaffee-Restaurant „Bühne 12“

Sonntag, 2. Juli 1995 (Tagungsort: Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaft, Vogelsang 14, Seminarraum)

Fortsetzung Themenblock III

- 9.00 Uhr** Die argentinische Gewerkschaftsbewegung: Zerfall oder Neuaufbau?
(Dr. Hartmut Grewe, Lüneburg)
- 9.45 Uhr** Die Unternehmerverbände: Neue "*Columna Vertebral*" des Peronismus?
(Peter Birle, M.A., Rostock)
- 10.30 Uhr** Kaffeepause

Themenblock IV: Die internationale Situation Argentiniens

(Moderation: Prof. Dr. Dr. h.c. Dieter Oberndörfer, Freiburg)

- 10.45 Uhr** *Realismo Periférico* - Die Außenpolitik der Regierung Menem
(Dr. Klaus Bodemer, Mainz)
- 11.30 Uhr** Die deutsch-argentinischen Beziehungen
(Prof. Dr. Nikolaus Werz, Rostock)
- 12.15 Uhr** Abschlußdiskussion und Schlußworte
- 13.00 Uhr** Ende der Veranstaltung

Anhang C Teilnehmerliste**Dr. Juan E. Alemann**

Argentinisches Tageblatt
 Juncal 831
 1062 Buenos Aires
 República Argentina
 Tel. 0054-1/325-7154
 Fax. 0054-1/327-0421

Peter Birle, M.A.

Institut für Politik- und
 Verwaltungswissenschaften
 Lehrstuhl für Vergleichende
 Regierungslehre
 Universität Rostock
 Vogelsang 14
 18051 Rostock
 Tel.: 0381/4983325
 Fax.: 0381/4983328

PD Dr. Yves Bizeul

Institut für Politik- und
 Verwaltungswissenschaften
 Universität Rostock
 Vogelsang 14
 18051 Rostock
 Tel.: 0381/4983329
 Fax.: 0381/4983328

Dr. Klaus Bodemer

Institut für Politikwissenschaft
 Johannes Gutenberg-Universität Mainz
 Colonel Kleinmann-Weg 2
 55099 Mainz
 Tel.: 06131/395956
 Fax.: 06131/393328

Herr Bongertmann

Landesinstitut für Schule und Ausbildung
 Möllner Str. 12
 18109 Rostock
 Tel.: 0381/4984057 o. 4984058

Prof. Dr. Cecilia Braslavsky

Ministerio de Cultura y Educación
 Directora General de Investigación y
 Desarrollo
 Pizzorno 935
 Buenos Aires
 República Argentina
 Fax: 00541/8129762

Prof. Dr. Dietrich Briesemeister

Ibero-Amerikanisches Institut
 Potsdamer Straße 37
 10785 Berlin
 Tel.: 030/2662500

Sandra Carreras

Bonifatiusplatz 1a
 55118 Mainz
 Tel.: 06131/614421

Marta Collongues de Kaiser

Beethovenstraße 16
 42781 Haan

Dr. Steffen Flechsig

Forum für politische und interkulturelle
 Bildung
 Rostock

Fernando García

Weinweg 55
 93049 Regensburg
 Tel./Fax.: 0941/270205

Prof. Dr. Ernesto Garzón Valdés

Institut für Politikwissenschaft
 Johannes Gutenberg-Universität Mainz
 Colonel Kleinmann Weg 2
 55099 Mainz
 Tel.: 06131/392661
 Fax.: 06131/393328

Dr. Hartmut Grewe

Konrad Adenauer Stiftung
 Kleine Bächerstraße 19
 21335 Lüneburg

Prof. Dr. Tulio Halperín Donghi

Sonne Professor of History, Emeritus
 University of California, Berkeley
 Department of History
 3229 Dwinelle Hall
 Berkeley, California 94720
 Tel.: 001/510/6420016
 Fax.: 001/510/6435323

Claudia Hamann

Institut für Politikwissenschaft
 Johannes Gutenberg-Universität Mainz
 Colonel Kleinmann Weg 2
 55099 Mainz

Dr. Wolfgang S. Heinz

Fachbereich Politische Wissenschaft

FU Berlin
Harnackstraße 1
14195 Berlin
Tel.: 030/8382347

Dr. Conchita Hübner
Institut für Politik- und
Verwaltungswissenschaften
Universität Rostock
Vogelsang 14
18051 Rostock
Tel.: 0381/4983321
Fax.: 0381/4983328

Dr. Peter Imbusch
Philipps-Universität Marburg
FB Gesellschaftswissenschaften und
Philosophie
Institut für Soziologie
Wilhelm-Röpke-Straße 6, Block K
35039 Marburg
Tel.: 06421/284377
Fax.: 06421/288913

Dr. Carlota Jackisch
CIEDLA/Fundación Konrad Adenauer
Av. L.N.Alem 690, piso 20
1001 Buenos Aires
República Argentina
Tel.: 00541/3133522
Fax.: 00541/3112902

Dr. Jorge Mario Japaz
Hahnenkamp 7A
18069 Rostock
Tel.: 01713103494

Michael Jochum, M.A.
Institut für Politik- und
Verwaltungswissenschaften
Lehrstuhl für Internationale Politik und
Entwicklungszusammenarbeit
Universität Rostock
Vogelsang 14
18051 Rostock
Tel.: 0381/4983331
Fax.: 0381/4983328

Prof. Dr. Udo Kern
Theologische Fakultät
Universität Rostock

Schröderplatz 3-4
18051 Rostock
Tel. 0381/4983873

Prof. Dr. Karl Kohut
Zentralinstitut für Lateinamerikastudien
Sprach- und Literaturwissenschaftliche
Fakultät
Katholische Universität Eichstätt
Universitätsallee
85071 Eichstätt
Tel.: 08421/20350
Fax.: 08421/89912

Dr. hab. Heinrich-W. Krumwiede
Stiftung Wissenschaft und Politik
Haus Eggenberg
82067 Ebenhausen
Tel.: 08178/70394
Fax.: 08178/70312

Ulrich Kunze
Amt für Pressearbeit und Stadtmarketing
Abtl. Stadtmarketing
Schnickmannstraße 13-14
Rostock
Tel.: 0381/3811576

Dr. Gerhard Kutzner
Leiter des Referats Lateinamerika
Presse- und Informationsamt der
Bundesregierung
Friedrich Ebert-Allee 45
53113 Bonn
Tel.: 0228/208-41 50/51
Fax.: 0228/208-25 57

Paulus Mehnert, M.A.
Boddinstraße 59
12049 Berlin
Tel: 030/6815480

Dr. Dirk Messner
Institut für Entwicklung und Frieden
Gerhard Mercator Universität Duisburg
Geibelstraße 41
47057 Duisburg
Tel.: 0203/3789420
Fax.: 0203/3789425

Jose A. Mina
Generalkonsul - Adjunkt der Republik
Argentinien
Argentinisches Generalkonsulat

Mittelweg 141
20148 Hamburg
Tel.: 040/441846-0
Fax.: 040/4105103

Helena Munín
Weinweg 55
93049 Regensburg
Tel./Fax.: 0941/270205

Prof. Dr. Doris Neuberger
Prodekanin der
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen
Fakultät
Universität Rostock
18051 Rostock
Tel.: 0381/4982905

Dr. Detlef Nolte
Institut für Iberoamerika-Kunde
Alsterglaciis 8
20354 Hamburg
Tel.: 040/41478232 / 41478201
Fax.: 040/41478241

Prof. Dr. Dr. h.c. Dieter Oberndörfer
Direktor des Seminars für
Wissenschaftliche Politik der Universität
Freiburg
Direktor des Arnold-Bergstraesser-
Institutes
Windaustraße 16
79110 Freiburg
Tel.: 0761/85091
Fax.: 0761/892967

Prof. Dr. Wolfgang Pfeiler
Universität Greifswald
Philosophische Fakultät
FB Politikwissenschaft
Arndtstraße 10
17489 Greifswald

Dr. Alicia Beatriz Pierini
Subsecretaria de Derechos Humanos y
Sociales del Ministerio del Interior
Moreno 711, piso 2
1091 Buenos Aires
República Argentina
Tel. + Fax: 0054-1/343-2326

Dr. Svend Plesch
Institut für Romanistik
Universität Rostock
August Bebel-Str. 28
18051 Rostock

Tel.: 0381/4982834

Michael Radsek
Universität Freiburg

PD Dr. Michael Riekenberg
Historisches Seminar
Vergleichende Geschichtswissenschaft
/ Ibero-Amerika
Universität Leipzig
Augustusplatz 9-11
PSF 920
04009 Leipzig
Tel.: 0341/7193371
Fax.: 0341/7193373

Jochen Schmidt, M.A.
Institut für Politik- und
Verwaltungswissenschaften.
Lehrstuhl für Vergleichende
Regierungslehre
Universität Rostock
Vogelsang 14
18051 Rostock
Tel.: 0381/4983330
Fax.: 0381/4983328

Dr. Thomas Schwark
Direktor des Kulturhistorischen Museums
Kloster zum Heiligen Kreuz
Klosterhof
18055 Rostock
Tel.: 0381/455913

Rafael Sevilla
Institut für Wissenschaftliche
Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern
Landhausstraße 18
72074 Tübingen
Tel.: 07071/5066

Dr. Arnold Spitta
Ollenhauerstraße 37A
13403 Berlin

Dr. Ulrich Spohn

Auswärtiges Amt
 Ref. 330, Referatsleiter
 Adenaueralle 99-103
 Pf 1148
 53001 Bonn
 Tel.: 0228/172459

Dr. Federico Storani

Diputado de la Honorable Cámara de
 Diputados de la Nación
 Av. Rivadavia 1864, Of. 644
 1033 Buenos Aires
 República Argentina
 Tel. + Fax: 0054-1/954-1113

Dr. Wolfhard Strauch

Lateinamerika-Institut
 Universität Rostock
 August Bebel-Str. 28
 18051 Rostock
 Tel.: 0381/4984032

Ulrich Thara

LAI, FU Berlin

Angel Vega

Jefe de la Sección Política y Parlamentaria
 Diario La Nación
 Bouchard 557
 1106 Buenos Aires
 República Argentina
 Tel. 0054-1/1724
 Fax. 0054-1/319-1611

Dr. Detlev Wahl

Lateinamerika-Institut
 Universität Rostock
 August-Bebel-Str. 28
 18055 Rostock
 Tel.: 0381/3792460

Prof. Dr. Peter Waldmann

Institut für Spanien- und
 Lateinamerikastudien
 Universität Augsburg
 Universitätsstraße 10
 86159 Augsburg
 Tel.: 0821/5985578 / 5985569
 Fax.: 0821/5985504

Institut für Politik- und
 Verwaltungswissenschaften
 Lehrstuhl für Vergleichende
 Regierungslehre
 Universität Rostock
 Vogelsang 14
 18051 Rostock
 Tel.: 0381/4983326
 Fax.: 0381/4983328

Claudia A. Wollwe

Lindenstraße 7
 40764 Langenfeld

Martina Zellmer, M.A.

Institut für Politik- und
 Verwaltungswissenschaften
 Lehrstuhl für Internationale Politik und
 Entwicklungszusammenarbeit
 Universität Rostock
 Vogelsang 14
 18051 Rostock
 Tel.: 0381/4983324
 Fax.: 0381/4983328

Prof. Dr. Nikolaus Werz